

Liebe Leserinnen und Leser,
hier ist mein Bericht von der Ratssitzung am 5. März 2015. Abgelehnt wurden Anträge der CDU zur Vertagung der Tagesordnungspunkte „Realisierung von städt. Schul- und sonstigen Hochbaumaßnahmen über eine 100 %ige städtische Tochter“ sowie „schulorganisatorische Maßnahmen an Förderschulen“ sowie zum Verweis des Antrages „städtische Liegenschaften“ in den Fachausschuss. Ihren Antrag zum Seniorenbeirat zog die CDU zurück, weil eine Verwaltungsvorlage die Intentionen umsetzt. Die Linken zogen ihren Antrag zur Vorlage des Bäderkonzeptes zurück, nachdem die Verwaltung darüber informierte, dass dieses auf der Tagesordnung der nächsten Sportausschusssitzung steht.

Aktuelle Anfragen

Aufgrund einer aktuellen Anfrage der CDU zur **Notfallversorgung** teilte die Verwaltung mit, dass trotz eines bundesweiten Ärztemangels in Düsseldorf die ärztliche Versorgung im ambulanten wie Notfallbereich gewährleistet ist. Die Gesundheitskonferenz, in der auch Ratsmitglieder vertreten sind, hat sich bereits am 3.12.2014 mit den geplanten Veränderungen befasst. Zukünftig soll es zwei Notdienstpraxen und drei Fachdienste für Pädiatrie, Hals-Nasen-Ohren und Augen geben. Wie diese Fachdienste auf die beiden Notdienstpraxen verteilt werden, steht noch nicht fest. Das neue Modell soll nach 12 Monaten evaluiert werden.

Anfragen

Bei einer Anfrage der Linken ging es um die **Speicherung des Livestreams** der Ratssitzungen. Die Verwaltung teilte mit, dass eine Aufzeichnung technisch möglich ist. Die Geschäftsordnung des Rates regelt, dass keine Aufzeichnung erfolgt. Die Verwaltung verwies auf die Wort-Protokolle, die auch Zwischenrufe enthalten, und deren Speicherung im Internet. Auf Nachfrage teilte die Verwaltung die externen Zugriffszahlen beispielhaft mit: 2109 am 31.1.2013, 530 im Juli 2013, 1.800 am 3.7.2014. Falls eine Speicherung erfolgen soll, muss die Geschäftsordnung geändert werden und das Einverständnis der Ratsmitglieder eingeholt werden.

Aufgrund einer Anfrage der Linken teilte die Verwaltung mit, dass im **Rahmen des Gedenkens anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus** in der Zeit vom 14. bis 18. April eine Vielzahl von Veranstaltungen durchgeführt. Ein Flyer soll Mitte März erscheinen. Der Kulturausschuss hat das Buchprojekt „Kriegskinder 1939-1945“ ebenso mit 4500 Euro bezuschusst wie eine CD, die den Schulen zur Verfügung gestellt wird.

Um **Rheinbahn-Tickets für Flüchtlinge** ging es bei einer Anfrage des Rats Herrn Blanchard (Linke). Jeder volljährige Flüchtling erhält einen Berechtigungsnachweis für das Sozialticket zum Preis von 30,90 Euro. Schulkinder erhalten das Schokoticket, sofern sie zum Bezug berechtigt sind, ohne Eigenanteil, wenn die Familien Sozialleistungen beziehen. Im Rahmen der Geldleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz können Flüchtlinge selbst entscheiden, ob sie ein (Monats-)Sozialticket oder Einzeltickets nutzen. Im Rahmen des Runden Tisches Asyl soll mit der Rheinbahn und der Stadtparkasse das Thema besprochen werden, da ein Konto für die Abbuchung der Abgebühren notwendig ist. Die Verwaltung wies darauf hin, dass in Einzelfällen Sachleistungen in Bezug auf Tickets z.B. für Arztbesuche bereitgestellt werden.

Aufgrund einer Anfrage der Linken gab die Verwaltung bekannt, dass die Kommunale Ausländerbehörde 2014 **232 Personen** mit 23 Nationalitäten **abgeschoben** hat. 102

Abgeschobene waren minderjährig, die zusammen mit den Erziehungsberechtigten zurückgeführt wurden. Keine abgeschobene Person war älter als 60 Jahre.

Aufgrund einer Anfrage des Republikaners teilte die Verwaltung mit, dass sich per 31.1.2015 573 **kosovarische Flüchtlinge** mit abgelehnten Asylanträgen in Düsseldorf aufhielten. Ausreisepflichtig waren zu diesem Zeitpunkt 50 Personen. Die übrigen haben Aufenthaltsrecht, so lange eine Abschiebung wegen Krankheit oder fehlender Pässe bzw. Ersatzpapiere nicht möglich ist.

Auf Nachfrage von Frau Dr. Strack-Zimmermann aufgrund einer in der letzten Sitzung schriftlich beantworteten Anfrage teilte die Verwaltung mit, dass bezüglich der möglichen **Unterbringung von Flüchtlingen in nicht genutzten Häusern der LVR-Klinik** ein Austausch mit der Klinik stattfindet und ein Besichtigungstermin in Abstimmung ist.

Kleine Kommission Wehrhahnlinie

Die Inbetriebnahme der Wehrhahnlinie wird am 20.2.2016 erfolgen. Die Prognose der Gesamtkosten liegt bei brutto 843,4 Mio. Ein aktueller Zuwendungsbescheid des Landes liegt in Höhe von 425,7 Mio Euro vor . Damit werden 41,5 Mio mehr durch das Land gefördert. Der städtische Eigenanteil liegt damit bei 277,5 Mio. Nicht anerkannt wurden durch das Land die Mehrkosten für besondere Erschwernisse bei der Untertunnelung des Kaufhofs und die besonderen Baustelleneinrichtungen in der Innenstadt.

Kleine Kommission Kö-Bogen

In der Kommission wurden mögliche Einzelhandelsnutzungen im 2. Bauabschnitt diskutiert sowie die Koordination mit den Sanierungsmaßnahmen, insbesondere den lärmintensiven Arbeiten beim Abriss der Tiefgarage. Entsprechend dem Ratsauftrag wurde die Begrünung des Baukörpers besprochen. Mehrere Pflanzenexperten raten zu Hainbuchen. Außerdem wurde überprüft, ob eine Wohnnutzung möglich ist, was aber an der Tiefe des Baukörpers scheitert. Denkmalrechtlich wird geprüft, ob ein Verbindungsbaukörper zum Schauspielhaus z.B. auch für Ticketverkauf genutzt werden könnte. Der Abriss der geschwungenen Wände wird denkmalrechtlich noch abgeklärt. Bei Tunnelbau ist die Kostenprognose stabil.

Anträge

Der Antrag der CDU, ein **Informations- und Beteiligungsportal zum Thema Flüchtlinge** angelehnt an das der Stadt München einzurichten, wurde von SPD, BÜ 90, FDP, Linken, Pirat abgelehnt, da ein entsprechendes Portal seit Mitte Februar besteht. Nach einem Wortbeitrag von Frau Dr. Strack-Zimmermann wurde zunächst auf Antrag der CDU die Sitzung unterbrochen, dann der Ältestenrat einberufen. Weil sich Frau Dr. Strack-Zimmermann nicht entschuldigte, beantragte die CDU Schluss der Debatte und Abstimmung.

Da die vom Rat selbst festgesetzte Sitzungszeit (bis 20 Uhr) danach überschritten war, wurden die weiteren Anträge nicht mehr behandelt.

Verwaltungsvorlagen

Der Rat beschloss gegen CDU, Linke, AfD, Rep, Linke, die Geschäftsanteile an der **IDR Public Management GmbH** von der Industrieterrains Düsseldorf-Reisholz AG zu erwerben. Der Gesellschaftsvertrag soll dahingehend geändert werden, dass die Gesellschaft städtische **Schul- und sonstige Hochbaumaßnahmen** durchführt. Die Gesellschaft soll ausschließlich für die Stadt tätig werden. Sie soll Schulgebäude und sonstige Hochbauten

errichten, sanieren und erweitern, diese Immobilien unterhalten und verwalten sowie ggf. kaufen und verkaufen. Ein Geschäftsführer soll aus dem Bereich IDR kommen, einer aus dem städtischen Bereich als Klammer zwischen Gesellschaft und Stadt. Es ist ein fakultativer Aufsichtsrat mit 7 Mitgliedern vorgesehen zur Überwachung der Geschäftsführung. Kommunalrechtlich handelt es sich um eine Eigengesellschaft, d.h. nicht wirtschaftlich tätig oder im Wettbewerb mit anderen Unternehmen. In einer Pilotphase soll die Gesellschaft für einzelne Maßnahmen für das Schuljahr 2016/17 entsprechende Dienstleistungen erbringen, ein entsprechender Beschluss soll in der nächsten Ratssitzung erfolgen. Die Abrechnung erfolgt im Auftragsverhältnis, die Mittel werden aus dem städtischen Haushalt abgerechnet. Bei Neubaumaßnahmen soll in jedem Einzelfall eine Ratsentscheidung eingeholt werden.

Der Rat beschloss gegen CDU, Tierschutzpartei/freie Wähler, Enthaltung AfD **schulorganisatorische Maßnahmen an städtischen Förderschulen**, weil die Mindestzahl der zu unterrichtenden Schüler und Schülerinnen deutlich unterschritten wird. An den Förderschulen mit den Förderschwerpunkten Lernen, Emotionale und soziale Entwicklung sowie mit dem Förderschwerpunkt Lernen gingen die Schülerzahlen in den vergangenen fünf Jahren von 1336 auf 940 zurück. Mit den Jahrgängen 9 und 10 werden weitere rd. 250 Schüler und Schülerinnen die Schulen in 2015 und 2016 verlassen. Die Janusz-Koczak-Schule, Wrangelstr. 40 mit derzeit 50 Schülern und Schülerinnen wird zum 1.8.2015 aufgelöst. Die Erich-Kästner-Schule Rosmarinstraße 28 (derzeit 107 Schüler/innen) wird zum 1.8.2015 aufgelöst, aber bis längstens 31.7.2017 als Teilstandort der Jan-Wellem-Schule fortgeführt. Auch die Jan-Daniel-Georgens-Schule, Oberbilker Allee 244 (102 Schüler/innen) wird zum 1.8.2015 aufgelöst und als Teilstandort der Jan-Wellem-Schule solange erhalten, wie dies organisatorisch und pädagogisch sinnvoll ist.

Die Astrid-Lindgren-Schule, Walther-Rathenau-Str. 16 (92 Schüler/innen) wird zum 1.8.2015 aufgelöst und befristet bis längstens 31.7.2017 als Teilstandort der Alfred-Herrhausen Schule weitergeführt. Die Peter-Härtling-Schule Vennhauser Allee 167 (91 Schüler/innen) wird zum 1.8.2015 aufgelöst und, solange wie es organisatorisch und pädagogisch sinnvoll ist, als Teilstandort der Alfred-Herrhausen-Schule weitergeführt. Die Förderschule Erfurter Weg 45 (62 Schüler/innen) wird zum 1.8.2015 aufgelöst und befristet bis zum 31.7.2016 als Teilstandort der Martin-Luther-King-Schule weitergeführt.

Der Rat nahm einstimmig mit Dank **Spenden** an:

- 30.000 Euro des Autohauses Adelbert Moll für Baumpflege und Neupflanzungen auf dem Friedhof Heerdt;
- 60.000 Euro der Messe Düsseldorf für die Neupflanzung von Platanen an der Rotterdamer Straße;
- 150 historische Projektoren der Firma Liesegang für das Filmmuseum;
- eine Meissner Kakiemonvase der Kunsthandlung Röbbing für das Hetjens-Museum.

Der Rat beschloss einstimmig, die **ÖPNV-Pauschale** für die Jahre 2014 und 2015 als Ausgleich für die Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen zu verwenden, sofern die Mittel nicht bis 30.6.2015 für Fahrzeuginvestitionen der Rheinbahn verwendet werden können. Hintergrund ist, dass sich die Ende 2014 vorgesehene Bestellung von Straßenbahnen wegen eines gerichtlichen Verfahrens verzögert und möglicherweise nicht mehr bis 30.6. erfolgen kann. Für 2014 geht es um knapp 7,9 Mio Euro.

Der Rat beschloss auf Antrag des Seniorenbeirats eine **Änderung der Satzung und der Geschäftsordnung des Seniorenbeirats**. Dieser heißt nun Seniorenrat und kann Beschlüsse in mindestens sechs öffentlichen Sitzungen fassen. Die Verwaltung wird die Höhe der Entschädigungen prüfen, auf Antrag der CDU auch für den Jugendrat, Integrationsrat und Beirat für Menschen mit Behinderungen.

Der Rat wurde über die **Einkünfte aus Nebentätigkeiten** im Jahr 2014 für Oberbürgermeister a.D. Dirk Elbers und Oberbürgermeister Thomas Geisel informiert. Dirk Elbers hat 8719,42 an die Stadt abgeführt, Thomas Geisel 411,01.

Personalien

Der Rat benannte einstimmig die stellvertretende Leiterin des Kulturamts, Frau Dr. Petra Winkelmann in das Kuratorium der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus – Deutsch-Europäisches Forum. Ihr Vertreter ist der Leiter des Stadtarchivs, Herr Dr. Benedikt Mauer.

Der Rat beschloss einstimmig, den **Helmut Käutner-Preis** für das Jahr 2015 an den Schauspieler Ulrich Tukur zu vergeben.

Investitionen

Der Rat beauftragte einstimmig die Verwaltung mit der Planung und Kostenberechnung des folgenden Projektes:

- Dachsanierung **Theatermuseum, Jägerhofstraße 1** mit voraussichtlichen Kosten von 1,8 Mio. Das Dach des denkmalgeschützten Hofgärtnerhauses ist erheblich geschädigt. Ein mit dem Amt für Denkmalschutz abgestimmter Dachaufbau wird neu hergestellt. Die Gaubenfenster werden ausgetauscht, der Blitzschutz erneuert. Außerdem erhalten die Außenfassade sowie die Hozklappläden einen neuen Anstrich. Der Bau- und Finanzierungsbeschluss soll im 4. Quartal 2015 gefasst werden, die Arbeiten sollen vom 1. Quartal 2016 bis zum 1. Quartal 2017 ausgeführt werden.

Planungsrecht

Der Rat beschloss

- die Offenlage der Änderungen des Landschaftsplans „**Elbsee**“. Das Gesamtnutzungskonzept für Unterbacher See, Elbsee, Menzelsee und Dreiecksweiher fließt in die Änderungen des Landschaftsplans ein. Die Naturschutzgebiete werden ausgeweitet, das Angeln eingeschränkt und wassersportliche Nutzungen geregelt. Bürger und Träger öffentlicher Belange können ihre Anregungen nach Bekanntmachung im Amtsblatt einbringen (einstimmig);
- einen Bebauungsplan für den **zentralen Innenstadtbereich**. Durch diesen soll eine Verstetigung des Niveauverlustes durch die Ansiedlung von Spielhallen und Wettbüros in den besonders sensiblen Bereichen verhindert werden. Die Nutzungsvielfalt soll erhalten und gefördert werden (einstimmig);
- den Bebauungsplan „**Nördlich Suitbertusstraße**“ (Bilk). Das 25.000 qm große Areal ("Karolinger Höfe") wurde ehemals von Auto Becker genutzt. Es wird ein allgemeines Wohngebiet mit insgesamt 24.600 qm Geschossfläche in drei Baufeldern ausgewiesen. Am Blockrand an der Merowinger Straße ist im Erdgeschoss gewerbliche Nutzung (Dienstleistung, Gastronomie, untergeordneter Einzelhandel) vorgesehen. In den Obergeschossen sollen neben gewerblicher Nutzung vorrangig Wohnungen entstehen. Dieses Gebiet wird als Mischgebiet mit einer Geschossfläche von maximal 13.300 qm ausgewiesen. Für die rd. 350 Wohneinheiten in fünf bis sechs Geschossen werden Tiefgaragen errichtet. 15 bis 20 Wohnungen soll als öffentlich geförderte Wohnungen entstehen. Vorgesehen sind Spielangebote für Kinder von 6-12 Jahren, ein zentraler Quartiersplatz sowie eine an die Spieloase angrenzende 700 qm große Spielfläche für Kleinkinder (gegen Linke).

Der Rat beauftragte die Verwaltung, eine **Stellungnahme zur Fortschreibung des Regionalplans Düsseldorf** in das formelle Beteiligungsverfahren einzubringen. Durch Antrag von SPD, BÜ 90, FDP wurde die Verwaltung aufgefordert,

- ausdrücklich die Innen- vor Außenentwicklung zu begrüßen, und klarzustellen, dass kein grundsätzlicher Zielkonflikt zwischen der Eigenentwicklung von Ortslagen außerhalb Allgemeiner Siedlungsbereiche und Regionalem Grünzug besteht sondern die Eigenentwicklung der Ortslagen möglich bleibt,
- keine Trasse der L404 n durch die Düsselaue sondern die Trasse entlang der Bahntrasse bis zur heutigen Brücke sowie der verlängerten Torbruchstraße darzustellen,
- den Regionalen Grünzug im Bereich der Ortslage Kalkum und im Bereich des Klärwerks Süd zu erhalten,

(gegen CDU, AfD, Rep, Enthaltung Linke),

- auf das Gewerbegebiet im östlichen Bereich des „Am Kleinformst“ zu verzichten und zu prüfen, ob die Fläche als Freiraum oder Wald dargestellt werden kann (gegen CDU, AfD).

Durch Antrag von FDP und BÜ 90 wurde die Verwaltung aufgefordert, die bisherige Darstellung des Regionalen Grünzugs innerhalb des Geländes der Bergischen Kaserne beizubehalten (gegen Linke, Enthaltung SPD, Linke, AfD). Die CDU zog ihren gleichlautenden Antrag dann zurück. GesamtAbstimmung über die Stellungnahme mit den zuvor beschlossenen Änderungen gegen Linke, Enthaltung CDU, AfD.

Weil der Regionalplan eine weit über die Bezirksvertretungen hinausgehende Wirkung hat und eine zentrale Veranstaltung für alle politischen Gremien durchgeführt worden war, sind die Bezirksvertretungen nicht separat mit dem Regionalplan befasst worden. Dies wurde von Karsten Kunert, Bezirksvorsteher im Stadtbezirk 7, kritisiert.

Während der langen Sitzung kann die Aufmerksamkeit schon mal etwas nachlassen. Deshalb können mir durchaus Fehler unterlaufen, insbesondere bei den Abstimmungsergebnissen. Insofern darf ich hier auf die offizielle Niederschrift der Ratssitzung verweisen.

Mit freundlichen Grüßen
Helga Leibauer

**V.i.S.d.P.: Helga Leibauer, Am Pesch 28, 40625 Düsseldorf, Tel.: 0211 – 29 82 20,
Email: helgaleibauer@arcor.de**